

Brüssel, den 26. Februar 2025  
(OR. en)

6350/25

SOC 80  
EMPL 54  
AG 18  
COH 5  
SAN 58

## VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Europäisches Semester 2025: Die Herausforderungen der „silbernen Transformation“ – Anreize und systemische Lösungen zur Förderung der freiwilligen längeren Berufstätigkeit älterer Menschen – Orientierungsaussprache

Die Delegationen erhalten anbei einen Orientierungsvermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 10. März 2025.

Derzeit sind ältere Menschen häufig stark von Armut bedroht, und ihr kontinuierlicher Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft wird nicht in vollem Umfang anerkannt. Unterschätzung und sogar Diskriminierung oder Ausgrenzung überschatten die späteren Jahre vieler älterer Menschen.

Auch wenn die Beschäftigungs- und Erwerbsquoten von Menschen zwischen 55 und 64 Jahren seit 2009 gestiegen sind, so sind sie – insbesondere bei älteren Frauen – trotzdem weiterhin deutlich niedriger als die von Arbeitnehmern im Haupterwerbsalter, was darauf hindeutet, dass hier ungenutztes Potenzial für einen weiteren Einsatz besteht. Die Langzeitarbeitslosenquote (zwölf Monate oder länger) ist zudem bei älteren Arbeitnehmern viel höher als in anderen Altersgruppen. Ältere Menschen wieder einzusetzen kann dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Erwerbsbevölkerung in der EU sowie auf den erwarteten Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu mindern. Es bedarf maßgeschneiderter politischer Maßnahmen, um die spezifischen Beschäftigungshindernisse für ältere Menschen, wie etwa Diskriminierung aus Altersgründen bei der Einstellung, zu beseitigen. Beschäftigungspolitische Maßnahmen konzentrieren sich in der Regel hauptsächlich auf Erwachsene im „erwerbsfähigen Alter“, was die Beschäftigungsaussichten von Menschen im Rentenalter oder deren Zugang zu Erwachsenenbildung und -weiterbildung einschränkt. Darüber hinaus erschwert die begrenzte Verfügbarkeit von Pflegediensten die informellen Betreuungs- und Pflegeaufgaben älterer Frauen und wirkt sich negativ auf ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt aus.

Digitale Technologien werden häufig als Möglichkeit gesehen, Lösungen für eine alternde Erwerbsbevölkerung zu finden. Möglicherweise könnte jedoch mehr getan werden, um die erforderlichen digitalen Fähigkeiten sowie die Zugänglichkeit, Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit neuer Technologien sicherzustellen, wodurch sich einige Probleme ergeben, unter anderem die eindeutige Gefahr der Ausgrenzung mancher Menschen.

Neben spezifischen Dienstleistungen für ältere Menschen, wie etwa Langzeitpflege, erfordert die Verringerung der Schutzbedürftigkeit und die Förderung der Inklusion älterer Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu allgemeinen Dienstleistungen. Die Überalterung wird nach wie vor weitgehend aus dem Blickwinkel der Kosten betrachtet; dabei wird vernachlässigt, wie die gestiegene Lebenserwartung als Chance genutzt werden kann, und die Überalterung ist weiterhin eine niedrige Priorität für die meisten Regierungen.

Bei den nationalen politischen Strategien sollten die Frage der Überalterung sowie geeignete Unterstützungsmechanismen für ältere Menschen in die Sozial- und Wirtschaftsplanung einbezogen werden. Die Politik in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung, Verkehr, Wohnraum und Wohlfahrt sollte den Bedürfnissen älterer Menschen Rechnung tragen. Diese sektoralen Ziele sollten auch in umfassendere soziale Strategien integriert werden.

Rentensysteme können auch ein längeres Erwerbsleben erleichtern, insbesondere indem sie es Einzelpersonen ermöglichen, ihre Rente mit einer fortgesetzten beruflichen Tätigkeit zu kombinieren, oder indem sie die Anreize für eine längere Beteiligung am Arbeitsmarkt erhöhen. Die zu berücksichtigenden Faktoren umfassen die gerechte Behandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die frühzeitig in den Arbeitsmarkt eintreten oder in körperlich anspruchsvollen oder gefährlichen Tätigkeiten beschäftigt sind oder die Arbeit mit Familien-, Pflege- und Betreuungspflichten kombinieren, die Notwendigkeit, eine Umverteilung zwischen Einkommen schaffenden Gruppen zu ermöglichen, und den Schutz von Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn.

Auf EU-Ebene wird in den Schlussfolgerungen des Rates zur durchgängigen Berücksichtigung des Alterns in der öffentlichen Politik, im Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte und in der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung betont, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ältere Menschen weiterhin aktiv in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft im weiteren Sinne einbezogen werden. Um die soziale Konvergenz zu erhöhen und ein stärkeres soziales Europa zu schaffen, hat sich die Kommission das Ziel gesetzt, dass bis 2030 78 % der Europäerinnen und Europäer in Beschäftigung sind. Viele der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte sind für aktives und gesundes Altern relevant – vom Zugang zu Bildung und lebenslangem Lernen, Chancengleichheit, gleichem Einkommen und gleicher Rente bis hin zu Langzeitpflege und Gesundheitsversorgung oder fairen Arbeitsbedingungen. Um dies zu erreichen, müssen die EU und die EU-Mitgliedstaaten weiterhin in hochwertige und inklusive Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für alle, einschließlich älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, investieren.

Der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte hat dazu geführt, dass die Europäische Kommission eine beträchtliche Anzahl weitreichender Initiativen im sozialen Bereich vorgelegt hat, von denen viele direkte Auswirkungen auf ältere Menschen haben. Die Europäische Kompetenzagenda umfasst Maßnahmen, mit denen die Ausbildungswege flexibler gestaltet und an alternde Gesellschaften mit Blick auf die Perspektive des lebenslangen Lernens angepasst werden sollen. Die Antizipation und Bewältigung von Veränderungen im Kontext alternder Gesellschaften ist auch eine der Prioritäten des strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027.

Der demografische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen und erfordert unter anderem ein längeres Erwerbsleben. Die politische Reaktion auf diese Herausforderungen muss der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Vorschlägen zur Anhebung des Pensionsalters Rechnung tragen und daher nach Wegen suchen, um die freiwillige Arbeitsmarktaktivität anzuregen. Zunächst müssen wir die Hindernisse beseitigen, durch die es älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern derzeit erschwert wird, auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, und maßgeschneiderte Lösungen anbieten, um eine hohe Qualität des Erwerbslebens zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten und die Organe der EU müssen einen Ansatz verfolgen, der die Lebensumstände und die Auswirkungen der Beschäftigung auf das Leben der einzelnen Menschen widerspiegelt und der das volle Potenzial und die umfassende Erfahrung älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft nutzt. Einige der vorgeschlagenen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, wie z. B. ein besonderer Schwerpunkt auf lebenslangem Lernen.

Angesichts der Heterogenität des Arbeitsmarktes, einschließlich der Vielfalt der Sektoren, Berufe, Arten von Arbeitsplätzen und Verträgen, sollten wir politische Maßnahmen und Verfahren ermitteln, um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken.

Während viele der öffentlichen Strategien, die zur Stärkung älterer Menschen beitragen können, in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, hat die Bevölkerungsalterung erhebliche Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Daher ist dies eine Herausforderung, die im Rahmen des Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anzugehen ist. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen, bei dem Maßnahmen zur Förderung des aktiven Alterns, der freiwilligen Verlängerung des Erwerbslebens und der Stärkung der Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren hat die EU tiefgreifende Veränderungen erfahren und ihre politischen Prioritäten an die anstehenden Herausforderungen angepasst. Die EU ist entschlossen, ihren nachhaltigen Wohlstand und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten und gleichzeitig die soziale Marktwirtschaft zu stärken und ihre Souveränität, ihre wirtschaftliche Sicherheit und ihren globalen Einfluss zu schützen.

Als zentraler Mechanismus für die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten bildet das Europäische Semester den Rahmen für die Durchführung der erforderlichen Investitionen und Reformen. In diesem Rahmen werden weiterhin sozioökonomische Herausforderungen ermittelt und Leitlinien für die zu ihrer Bewältigung erforderlichen politischen Maßnahmen herausgegeben, um mehr Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in der EU zu erreichen.

Ziel des Europäischen Semesters 2025 ist es, die EU wettbewerbs- und zukunftsfähiger zu machen, indem Fortschritte auf dem Weg zu einer grünen, digitalen, inklusiven und widerstandsfähigen Wirtschaft gefördert werden.

Bislang wurden im Rahmen des Semesters Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung und zum Teil auch das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer analysiert, wobei mehr Weiterbildungsmöglichkeiten und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Langzeitpflegesektor empfohlen wurden, was notwendig ist, um der steigenden Nachfrage nach Pflegeleistungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung gerecht zu werden; dabei wurde auch die Bedeutung der Eingliederung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zur Bewältigung des Mangels an Arbeits- und Fachkräften untersucht. Allerdings könnte möglicherweise noch stärker hervorgehoben werden, dass ältere Menschen Arbeitskräfte mit Kompetenzen, Erfahrung und Potenzial darstellen, oder ein stärkerer Schwerpunkt auf die Verbesserung der Gesundheit oder gesunder Lebensjahre gelegt werden. Die niedrigen Beschäftigungsquoten älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Ursachen sollten berücksichtigt werden.

Vor dem Hintergrund der EU-Strategie für Pflege und Betreuung (2022) und der Empfehlung des Rates über den Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege (2023), in der die Rolle des Semesters bei der Umsetzung der Strategie bekräftigt wird, sind wir der Ansicht, dass Strategien in den Bereichen Gesundheit und Langzeitpflege aus einem patientenorientierten Blickwinkel betrachtet werden sollten. Das Semester sollte auch weiterhin die Quote der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen älteren Menschen, insbesondere älteren Frauen, auf EU-Ebene berücksichtigen. Im Bereich des lebenslangen Lernens und der Kompetenzen könnte die geringe Beteiligung älterer Menschen an der Erwachsenenbildung erwähnt werden.

Wenn unser Ziel darin besteht, die Anstrengungen zur Förderung einer widerstandsfähigen Wirtschaft und der sozialen Inklusion zu verstärken, dann müssen wir prüfen, wie im Rahmen des Europäischen Semesters öffentliche Maßnahmen zur Bevölkerungsalterung im Allgemeinen und positive Anreize für ein längeres Erwerbsleben im Besonderen analysiert werden sollten, und entsprechende Empfehlungen für die Mitgliedstaaten aussprechen.

**In diesem Zusammenhang wurde die Ministerrunde ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:**

- 1) *Welche politischen Anreize setzt Ihr Land ein, um ein längeres Erwerbsleben zu fördern?*
- 2) *Sind Sie der Ansicht, dass das Europäische Semester den altersbedingten Herausforderungen und Chancen bereits ausreichend Rechnung trägt, oder sollte auf einige davon eine besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden und, falls ja, auf welche?*

---